

Nur die Grünen sind gegen den Bau der Südtangente

st. Weit mehr als eine Stunde debattierten die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses über die Südtangente, die B 56n. Jürgen Meier, der Vorsitzende der „Initiative zum Erhalt des ländlichen Raumes zwischen Pleistal und Ennert“, stellte einen Antrag auf Streichung dieser Straße und erhielt im Ausschuss zur Begründung fünf Minuten Rederecht.

In dem Antrag heißt es: „Der Rat der Stadt wird gebeten, die vorliegenden Planungen des Landesbetriebes Straßenbau abzulehnen, da sie nicht den Forderungen des Rates von 1997 und 2001 nach einer ökologisch verträglichen Südtangente ohne zusätzliche Belastung der Bürger im Stieldorfer Raum entsprechen. Der Rat wird gebeten, in seiner Stellungnahme zur geplanten B 56n die Empfehlung der Umweltverträglichkeitsstudien 1992 und 1998 für die Nullvariante anzuerkennen, die darauf beruht, dass die zusätzlichen Beeinträchtigungen für die Schutzgüter Pflanzen, Tiere, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaftsbild und Mensch in den Bereichen Wohnen, Wohnumfeld und Erholung durch die Entlastungswirkungen für diese Schutzgüter nicht gerechtfertigt werden können. Der Rat wird gebeten, in seiner Stellungnahme zur geplanten B 56n von Forderungen abzusehen, die der Landesbetrieb Straßenbau aus Kostengründen und wegen des Gleichbehandlungsprinzips nicht erfüllen kann.“

Für die CDU-Fraktion stellte Mario Havenstein aus Oelinghoven die Stellungnahme der Christdemokraten vor. Obwohl das neueste Verkehrsgutachten, aufbauend auf den Beschlüssen der CDU-Fraktion, belegt, dass das Straßennetz im Stieldorfer Raum durch die B 56n entlastet wird, ist durch den Bau einer zusätzlichen Auf- und Abfahrt auf die oder von der A3 an der Dollendorfer Straße eine massive Verkehrs-entlastung gerade für Stieldorferhohn, Oelinghoven, Stieldorf, Uthweiler und Dollendorf zu erwarten. Es ist lediglich eine Auffahrt auf die A3 in Rich-

tung Köln und eine Abfahrt von der A3 aus Richtung Köln auf die Dollendorfer Straße vorzusehen. Die bisher ablehnende Haltung des Autobahn Bundesamtes zu dieser zusätzlichen Anbindung an die A3 wegen einer zu dichten Folge von Auf- und Abfahrten ist für die CDU Stieldorf nicht stichhaltig und wird durch zahlreiche Beispiele widerlegt.

Der CDU-Ortsverband Stieldorf und die Fraktion vertreten die Auffassung, dass das geplante Brückenbauwerk über den Lauterbach durch eine Verringerung von Höhe und Länge, damit einer Tieferlegung der Trasse an den Brückenköpfen in Richtung Westen und Osten mit einer entsprechenden Veränderung der Gradienten das Landschaftsbild noch weniger beeinträchtigt, insbesondere aber für Rauschendorf eine wesentliche Verringerung der Lärmemissionen bedeutet.

Die CDU ist der Auffassung, dass bei Trogbauweise zwei Brücken, „Am Tor“ und „Otenbergweg“, notwendig wären, um die Wegebeziehungen zwischen Rauschendorf und Birlinghoven zu erhalten.

Nach einer langen und lebhaften Diskussion wurde einstimmig das Ergebnis der Bürgeranhörung vom 19. November des vergangenen Jahres zur Kenntnis genommen. Alle übrigen Punkte fanden nicht die Gegenliebe der Grünen, die die Südtangente ablehnen.

Es werden Lärmschutzmaßnahmen auf der Lauterbachtalbrücke und den angrenzenden Dammlagen gefordert. Zur Minderung der Eingriffe in den Erholungsbereich und die landwirtschaftliche Nutzung sind Brücken über die B 56n vorzusehen, die Fußgänger, Radfahrer und landwirtschaftlichen Verkehr aufnehmen können. Dabei handelt es sich um den Otenbergweg in Rauschendorf. Die Erhaltung der Wegeverbindung zwischen der Dissenbachtalstraße und dem Heiderhof mit Bestandsicherung der vorhandenen Vegetationselemente wird gefordert. Nach dem Bau der B 56n sollen weitere verkehrsberuhigende Maßnah-

men auf den bisherigen Durchfahrtsstraßen (L490, L268 und L331) vorgesehen werden. Entlang der L143 sind im Bereich der Ortslage Uthweiler verkehrsberuhigende und städtebauliche Maßnahmen vorzusehen. Die Stadt fordert im Be-

reich Birlinghoven/Rauschendorf eine Abdeckung der Trasse auf einer Länge von 400 Metern. Dadurch könnten dort kleinere Brückenbauwerke entfallen, das Gelände der Renaturierung zugeführt und Spazierwege erhalten werden.

Röttgen und Milz warnen

Landesregierung darf Siebengebirgsentlastung nicht verhindern

R. In Düsseldorf kursieren Gerüchte, dass die Landesregierung NRW sich dafür einsetzt, die Siebengebirgsentlastung in diesem Jahr aus dem „vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrsweplanes zu streichen.

„Mit einer solchen Entscheidung würde sich die Landesregierung nicht nur über das Votum des Regionalrates, sondern auch über jeden fachlichen Rat hinwegsetzen“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Norbert Röttgen und die Landtagsabgeordnete Andrea Milz. „Es gibt nur wenige Projekte im Bundesverkehrsweplan, die ein so günstiges Nutzen-/Kostenverhältnis aufweisen wie die Siebenge-

birgsentlastung. Aus gutem Grund wird sie seit Jahren im Bundesverkehrsweplan als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft.“

„Die Aufgabe der Landesregierung besteht nicht darin, SPD-Parteitagebeschlüsse zu vollstrecken, sondern sich für die abgewogenen Interessen der Regionen des Landes in Berlin einzusetzen.“

Wir warnen die Landesregierung davor, den Menschen in der Siebengebirgsregion, die seit Jahren auf die Entschärfung der unerträglichen Verkehrssituation warten, aus parteipolitischen Gründen in den Rücken zu fallen“, so Milz und Röttgen.

geranhörungen wurde klargestellt, dass sich die Straßenplanung an bundesweit geltenden gesetzlichen Bestimmungen, z.B. in Form von Lärm-Grenzwerten zu orientieren hat und aus Gleichbehandlungsgründen keine kostspieligen Sonderlösungen für den Stieldorfer Raum möglich sind. Die Königswinterer Extrawünsche sind Beruhigungsspielen für die Wähler, ohne jede Realisierungschance.

Völlig absurd ist es, wenn nun behauptet wird: „Bei der ICE-Trasse hat die Stadt auch mehr Lärmschutz durchgesetzt als gesetzlich gefordert“. Tatsächlich ist dies der Stadt gelungen, weil die Stadt eine aussichtslose, aber zeitverzögernde Klage gegen den Bau der ICE-Strecke eingereicht hatte und die Bahn es sehr eilig mit dem Bau hatte. So hat die Bahn mehr getan als gesetzlich notwendig, um die Stadt zur Rücknahme der Klage zu bewegen. Es ist kaum zu glauben, dass sich die Ratsvertreter von CDU, SPD und FDP an diese besonderen Umstände nicht mehr erinnern können. Aber um Wahrheit und Wirklichkeit geht es ja bei der Königswinterer Südtangenten-Saga schon lange nicht mehr. Und mit einer Klage gegen die existierende Südtangentenplanung droht Königswinter schon gar nicht.

Den Vogel abgeschossen haben die drei Ratsfraktionen mit der Auswertung der Stellungnahmen zur Bürgeranhörung. CDU-Ratsmitglied Limbach verkündet nun als Sprecher der Südtangenten-Einheitspartei vollmundig: „Die Bürgerschaft steht geschlossen hinter der Südtangente.“ Deutlicher kann man kaum noch demonstrieren, wie sehr sich diese Parteien von der Wirklichkeit entfernt haben. Rauschendorf, Stieldorf und Vinxel werden in Königswinter wie ein unbedeutender Wurmfortsatz behandelt. Alle Ratsmitglieder aus diesen Orten sind aufgerufen, in der abschließenden Abstimmung im gesamten Rat die Interessen ihrer Wähler über die Fraktionsdisziplin zu stellen und die Südtangentenplanungen abzulehnen.

Lebenswerte
Siebengebirgsregion e.V.
Jürgen Maier, Vinxel

Parkraumbewirtschaftung in Oberpleis

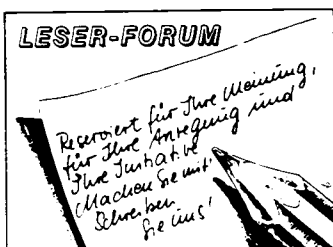
Mit Erschrecken habe ich gelesen, dass es beabsichtigt ist, seitens der Stadt Königswinter im Ortsteil Oberpleis eine sog. „Parkraumbewirtschaftung“ einzuführen. Das bedeutet praktisch, dass jeder, der nur für we-

nige Sekundenbruchteile sein Fahrzeug abstellt, um beispielsweise einen kurzen Einkauf oder eine Abholung zu erledigen, erst zum Parkautomaten laufen muss, um ein Parkgeld zu entrichten. Wir kennen die Praxis der Ordnungshüter ja bestens, man lauert praktisch darauf, einen Sünder zu ertappen.

Im Klartext würde das für Oberpleis bedeuten, dass immer mehr kleine Geschäfte kaputt gehen werden und die Kunden zu den Einkaufszentren nach St. Augustin abwandern. Profitieren von der Parkraumbewirtschaftung werden allerdings die Geschäfte, die derzeit einen Parkplatz haben (wie Aldi, R-Kauf, Oppermann-Foto, Edeka). Alle anderen Geschäfte, insbesondere private Einzelhandelsgeschäfte, werden darunter leiden und eventuell ihre Läden sogar schließen müssen. Es wird dann sicher auch versucht werden, das Auto kurz auf den Parkplätzen der vorgenannten Großfirmen abzustellen. Das wiederum führt dazu, dass diese Firmen dann ihre Parkplätze restriktiv kontrollieren und vielleicht sogar Schranken einrichten (wie bei der Kreissparkasse). Das kann es doch aber auch nicht sein!

Wir haben das Glück, hier im Oberpleiser Raum ein blühendes Einkaufszentrum zu haben (das nicht so „tot“ ist wie Königswinterer-Altstadt, wo ein Einzelhandelsgeschäft nach dem anderen schließt) und das muss auch so bleiben. Der Aufschwung ist aber enorm gefährdet, wenn die vorhandenen Parkplätze seitens der Stadt „bewirtschaftet“ werden.

Klaus Ridder
Königswinter-Berghausen



Unter dieser Rubrik vertreten Leser ihre Meinung, die sich durchaus nicht mit der von Redaktion und Verlag decken muss.

Königswinterer Südtangentenparteien: Rauschendorf, Stieldorf, Vinxel werden für dumm verkauft

Wenige Monate bevor der Bundestag die Südtangente mit der Beschlussfassung über den neuen Bundesverkehrsweplan endgültig beerdigen wird, hat es sich die Stadt Königswinter nicht nehmen lassen, ihr beliebtestes Luftschloss ein weiteres Mal zu fordern: CDU, SPD und FDP haben gemäß ihrer seit mehr als zehn Jahren bestehenden Beschlusslage die umweltverträgliche Südtangente ohne Belastungen für den Stieldorfer Raum im zuständigen Ausschuss beschlossen.

Der Königswinterer Südtangentenblock aus CDU, SPD und FDP hat langjährige Übung darin, den Bürgern im Stieldorfer Raum das Märchen von der unsichtbaren Südtangente im abgedeckelten Trog zu erzählen und den Iitenbachern und Dollendorfern große Entlastungen vom Durchfahrtsverkehr vorzugaukeln. Mit der Realität hat dies nichts zu tun: Alle Umweltverträglichkeitsstudien haben die Südtangente im Gegensatz zu vielen anderen Straßenprojekten für definitiv nicht umweltverträglich erklärt, und zur angeblichen Entlastungswirkung stellt das Bundesverkehrsministerium wörtlich fest: „Lokal wirksame Entlastungswirkungen sind aufgrund der bestehenden hohen verkehrlichen Belastung des Raumes schwer zu prognostizieren und nicht in erheblichem Maße zu erwarten“.

Ebenso wenig lassen sich die Königswinterer CDU, SPD und FDP davon beeindrucken, dass die Forderungen nach einem „abgedeckelten Trog“ und „Maximalem Lärmschutz“ vom Landesbetrieb Straßenbau als reine „Märchenplanung“ zurückgewiesen wurden. Bei den Bür-

Steiner ausgeschieden Koch vereidigt

st. Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitgliedes Frank Steiner wurde Thomas Koch als stellvertretendes Mitglied nach der Liste der CDU-Fraktion in den Haupt- und Personalausschuss berufen, ebenfalls in den Finanzausschuss, den Rechnungsprüfungsausschuss, in den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaft, in den Bau- und Verkehrsausschuss, in den Werksausschuss, in den Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Senioren, in den Planungs- und Umweltausschuss, in den Sportausschuss und in den Wohnungsvergabeausschuss.

Gewählt wurden in der jüngsten Sitzung des Rates anstelle der sachkundigen Bürgerin Doris Leven der sachkundige Bürger Klaus-Uwe Meier in den